

Forum Christlicher Wirtschaftswissenschaftler (FCW)

„Coronomics“: Die Wirtschaft in und nach der Pandemie

12. Arbeitstreffen, 18.03.2022

FTH Gießen

Das „Forum Christlicher Wirtschaftswissenschaftler (FCW)“, ein Initiativkreis von christlichen Wirtschaftsexperten aus Wissenschaft und Praxis im deutschsprachigen Raum, hat sich am 18. März 2022 zu seinem 12. Arbeitstreffen zusammengefunden. Das Rahmenthema „Coronomics: Die Wirtschaft in und nach der Pandemie“ wurde in 5 Beiträgen erörtert.

Es ist das Anliegen des Forums, fachwissenschaftliche Aussagen in Theorie und Praxis zum Wirtschaftsgeschehen in einer biblischen Sicht aufzuarbeiten. Die Teilnehmer wollen damit ihrer Verantwortung als Christen in Hochschule und Wirtschaft gerecht werden.

Das Treffen befasste sich in diesem Jahr, genau zu Beginn des dritten Jahres der Pandemie, mit „Coronomics“, d.h. dem Zusammenhang zwischen „Corona“ und „Economics“, und fragte dementsprechend nach den Folgen der Covid-19-Katastrophe für die Wirtschaft. Dabei lag es auf der Hand, auch über den eigentlich geplanten Themenschwerpunkt hinaus, auf die ökonomische Entwicklung infolge des brennend aktuellen russischen Angriffs auf die Ukraine zu blicken.

Eingangs gab *Prof. Volker Wieland, PhD.* (Institute for Monetary and Financial Stability, Goethe-Universität Frankfurt), das derzeit dienstälteste Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR), einen Überblick zur Thematik unter dem Titel „Von der Corona-Krise in den Russisch-Ukrainischen Krieg: Herausforderungen für Deutschland“. Rückblickend gesehen, ist der Einbruch des Bruttoinlandsprodukts im 1. Jahr der Pandemie in den meisten wirtschaftlich namhaften Staaten eher glimpflich verlaufen und darüber hinaus im 2. Jahr zur guten Hälfte bereits wieder wettgemacht worden. Daran hatte besonders in Deutschland die Politik der zügigen, entweder als Kredit oder als Zuschuss ausgereichten Unternehmenshilfen (ca. 130 Mrd. €) sowie der Kurzarbeit (ca. 40 Mrd. €) einen wesentlichen Anteil. Wenn man sich etwa das Emporschnellen des Bestandes an Kurzarbeitern im 1. vollen Monat des Ausgangslockdowns (April 2020) auf 6 Mio., d.h. auf das 30- bis 40-fache des längerfristigen Niveaus im vorausgegangenen Jahrzehnt, vergegenwärtigt, ahnt man etwas vom Handlungsdruck, der der Exekutive aus dem Stand abverlangt wurde.

Die gegenwärtigen akuten wirtschaftlichen Verwerfungen aufgrund des russischen Überfalls auf die Ukraine, die Energiepreisschocks und die Versorgungsengpässe im Zuliefer- und Lebensmittelbereich, verdichten sich zu „stagflatorischen“ Entwicklungen, ähnlich den Ölkrisen der 1970er Jahre, mit unübersehbarer Angebotsinflation und gleichzeitigem Wachstumseinbruch.

Traditionell geben die FCW-Treffen auch jeweils der Stimme eines unternehmerischen Führungsverantwortlichen ein besonderes Gewicht. In diesem Jahr stellte sich *Stefan Glave*, Sprecher der Geschäftsführung der Glave Gruppe GmbH (Norden), eines familiengeführten Verbundes aus 5 eigenständigen Unternehmen mit ca. 300 Mitarbeitern (Gruppenumsatz: ca. 330 Mio. €) im Edelstahlgeschäft, einem Interview zum Thema „Als Christ im Wettbewerbsdruck“. Die mit mehr als 1 Mio. € Umsatz pro Beschäftigten überdurchschnittlich effiziente Geschäftslage weist zum einen auf

die für die Gruppe günstige Verkäufermarktposition im Wettbewerb, zum anderen aber auch auf einen motivierten Mitarbeiterstamm und klare Kompetenzzuweisungen unter den Mitgliedern der Inhabersfamilie hin.

Zu den ethischen Grundsätzen der Mitarbeiterführung gehören das Bestreben nach Langfristigkeit von Arbeitsverhältnissen, die Unterstützung des Ehrenamt-Engagements der Beschäftigten, der Grundsatz des „Forderns und Förderns“ und vor allem der Ehrlichkeit im menschlichen Umgang als oberste Governance-Verpflichtung. Auch in einem erfolgreichen Unternehmen hinterlassen die gegenwärtigen Krisen ihre Spuren: etwa die Risiken von pandemiebedingt gestörten Lieferketten und von Preisturbulenzen infolge des Ukraine-Kriegs. Der nötige Abstand zu tagesaktuellen Problemlagen lebt von der Überzeugung des Führungsverantwortlichen, Verwalter eines anvertrauten Vermögens zu sein, dessen Substanz durch angemessene Erträge zu erhalten ist. Von diesem Leitbild einer langfristigen Wert- und Wertesicherung darf auch ein zukunftsfähiges Überleben der Unternehmensgruppe bei einem anstehenden Verantwortungsübergang auf die Nachfolger- und Erbgeneration erwartet werden.

Unter dem Thema „Zwischen Impfanreizen und Impfpflicht: Was kann und was darf der Staat in der Pandemie tun?“ ging *Prof. Dr. Jan Schnellenbach* (Volkswirtschaftslehre, insbes. Mikroökonomik, TU Cottbus) von der Annahme einer signifikant geringeren Ansteckung durch geimpfte Personen und einer dadurch begründeten Hoffnung auf Bewältigung der Pandemie bei einer hinreichend hohen Impfquote aus. Eine weitgehende Durchimpfung weist damit den Charakter eines „öffentlichen Gutes“ auf: Alle sind Nutzer einer Covid-19-Überwindung, auch wenn sie bei einer Impfabstimmung keinen Beitrag dazu leisten. Die Impfabstimmung kann Trägheitsursachen haben („Impflethargie“) oder aber durch Impfskepsis aus Gesundheitsbedenken (z.B. Sorgen vor Nebenwirkungen) oder durch Impfverweigerung aus Gewissensgründen (z.B. Ablehnung einer Impfstoffentwicklung basierend auf abgetriebenen Embryos) hervorgerufen werden. Dieser Vielschichtigkeit der Impfszurückhaltung kann nur mit jeweils angemessenen Mitteln der Impfpolitik begegnet werden.

Materielle Anreize (Geldprämien) könnten ggf. einen Teil der „Impfmuffel“ mobilisieren. Die gravierenderen Ablehnungsmotive, die Impfskepsis und die Impfverweigerung, wären in Grenzen möglicherweise durch immaterielle Anreize (z.B. durch „Anstupser“ bzw. „nudges“ wie mediale Impfstories über Meinungsführer oder eine Frei-Haus-Impfung) zu überwinden. Jedenfalls sollten solche Bemühungen zunächst systematisch umgesetzt werden, bevor an radikale Eingriffe wie eine Impfpflicht gedacht wird.

Prof. Dr. Gerald Mann (Volkswirtschaftslehre, FOM Hochschule für Oekonomie und Management, München) ging in seinem Vortrag „Coronomics: Diskussion um die Abschaffung des Bargelds“ zunächst auf den ungebrochenen Trend zu einer bargeldlosen Zahlungskultur ein, der etwa in Skandinavien schon weiter als in Mitteleuropa fortgeschritten ist, aber durch die Pandemie weltweit noch einmal einen systematischen Schub bekommen hat. Aber, auf den ersten Blick paradox, der Bargeldumlauf hat dennoch in der Krise zugenommen: Das Bedürfnis nach sozusagen weniger Geld im Portemonnaie, aber zugleich nach umso mehr Geld unter dem Kopfkissen weist auf eine Zurückhaltung gegenüber manuellen Bezahlkontakten, aber zugleich auch auf eine Krise des Vertrauens auf die staatliche Stabilität hin.

Der Druck der Finanzaufsicht auf die Vorbehalte gegenüber dem Buch- und Plastikgeld argumentiert mit der Vereinfachung von Alltags-Zahlungsgeschäften und mit der Austrocknung von Schwarzgeldflüssen der organisierten Kriminalität – aber er schweigt eher über das Potenzial möglicher Überwachung des gläsernen Bürgers. Die Bargeldnutzung entspricht jedoch einem legitimen Interesse an Anonymität des persönlichen Zahlungsverhaltens, einem Anspruch an Teilhabe am Alltags-Wirtschaftsleben für weniger digitalisierungsaffine Individuen oder ganz einfach einem buchstäblich „handfesteren“ Überblick über die eigene Finanzlage mit Hilfe von Banknoten statt

mit Kontoauszügen („Bahres ist Wahres“). Es erscheint weder wünschenswert noch ohne gesellschaftlichen Widerstand realistisch, das Bargeld vollständig abzuschaffen.

Das abschließende Thema „Versuch einer zusammenfassenden ökonomischen und biblisch-theologischen Sicht“ von *Prof. Dr. Reinhard Haupt* (Wort und Wissen/Fachgruppe Wirtschaft) / *Prof. Dr. Harald Jung* (Ethik und Soziallehre, Internationale Hochschule Liebenzell) widmete sich zunächst nochmals dem beherzten Handeln der exekutiven Entscheidungsträger beim Ausbruch der Coronakrise. Dieses couragierte Eingreifen hat eine gravierendere Wirtschaftsrezession abgefedert. Auf eine derartige initiative Entschlossenheit könnte auch die anerkennende biblische Bewertung einer problembewussten Politik bezogen sein: „Aber immer ist ein König, der dafür sorgt, dass das Feld bebaut wird, ein Gewinn für das Land“ (Prediger Salomo 5, 8). Die Programme unbürokratischer Coronahilfen haben allerdings auch ihren Preis in Form von hier und da mangelnder Passgenauigkeit gehabt. So ist, auch nach der Einschätzung des Sachverständigenrates, die spontan angekündigte Entfristung der Kurzarbeiter-Regelungen über 12 Monate hinaus nicht frei von Mitnahmeeffekten, da sie den Anreiz für Unternehmen geschwächt hat, möglichst zügig wieder auf eigenen Beinen zu stehen.

Die Pandemie und besonders das über Nacht akute Kriegsgeschehen in der Ukraine lassen die Zukunftsfähigkeit der internationalen Wirtschaftsbeziehungen in einem ganz neuen Licht erscheinen: Nicht nur Wirtschaftlichkeitsfragen von Kostenoptimierung und Globalisierungsgewinnen, von Arbeitsteilungsnutzen und Effizienzvorteilen, sondern auch Stabilität, Versorgungssicherheit und „Resilienz“ der Systeme verdienen Aufmerksamkeit. Dies wird ganz aktuell mit den gestörten Lieferketten aufgrund der Pandemiefolgen, aber auch mit den Energie- und Nahrungsmittelverknappungen im Umfeld des Ukraine-Kriegs unübersehbar. Mit dem Wort aus Prediger 11,1 („Lass dein Brot über das Wasser fahren, denn du wirst es finden nach langer Zeit!“) klingen (über Impulse für die persönliche Glaubensausrichtung hinaus) weise, auf Zukunft und Krisenbeständigkeit gestützte Wirtschaftsprinzipien jenseits von kurzatmigen Kosten-Nutzen-Abwägungen an.

Das Forum Christlicher Wirtschaftswissenschaftler beschäftigt sich auch in Zukunft mit Gegenwartsthemen in Wirtschaft und Geschäftswelt. Es bemüht sich um christliche, wissenschaftlich solide Positionen, die für Gesellschaft und Unternehmen fruchtbar werden können.

www.ethikinstitut.de/Institut/Tagungen/Forum_forum@ethikinstitut.de

Prof. Dr. Stephan Holthaus (Rektor Freie Theologische Hochschule Gießen)

Prof. Dr. Christian Müller (Gesellschaft zur Förderung von Wirtschaftswissenschaften und Ethik)

Prof. Dr. Christoph Raedel (Institut für Ethik & Werte, Gießen)

Dr. Stephan Schmitz (Studiengemeinschaft Wort und Wissen/Fachgruppe Wirtschaft)